

Verfassungsgerichtshof kippt die einjÄhrige Klagsfrist gemÄÄ? Â§12 Abs 3 VersVG Ä??  
Erkenntnis des VfGH vom 28.04.2026, G176/2025

## Description

### Date Created

22.06.2026

### Meta Fields

**Inhalt :** Im Rahmen unserer Legal News vom 02. Februar 2026 haben wir berichtet, dass der auf versicherungsrechtliche Fragen spezialisierte 7. Senat des OGH anÄsslich eines konkreten Deckungsprozesses resultierend aus einer Brandschadensversicherung beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) die Aufhebung von Â§12 Abs 3 Versicherungsvertragsgesetz (VersVG) wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes beantragt hat. Diese Gesetzesbestimmung berechtigt das Versicherungsunternehmen, durch Ablehnung einer Versicherungsmeldung in qualifizierter Form die dem Versicherungsnehmer offenstehende Frist fÄ¼r die Geltendmachung seines Leistungsanspruches auf ein Jahr zu verkÄ¼rzen. Der VfGH teilt die verfassungsrechtlichen Bedenken des OGH und hat die angefochtene Gesetzesbestimmung wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben und gleichzeitig angeordnet, dass die Norm mit Ablauf des 31. Mai 2027 auÄer Kraft tritt. In der BegrÄ¼ndung seines Erkenntnisses bekrÄ¼ftigt der VfGH zwar die grundsÄtzliche MÄglichkeit des Gesetzgebers, fÄ¼r versicherungsrechtliche AnsprÄ¼che spezielle VerjÄ¼hrungsfristen zu schaffen, und anerkennt auch das Interesse der Versicherungswirtschaft, allzu lange SchwebezustÄnde und die dadurch bedingte Bildung von Schadensreserven zu vermeiden. Entscheidend fÄ¼r das verfassungsgerichtliche Verdikt der Unsachlichkeit und damit Verfassungswidrigkeit war jedoch der Umstand, dass sich das Versicherungsunternehmen nach der Gesetzeslage jederzeit aussuchen kann, ob der Versicherer es bei der ursprÄ¼nglichen dreijÄ¼hrigen VerjÄ¼hrungsfrist belÄsst oder diese durch AusÄbung seines Wahlrechts einseitig stark verkÄ¼rzt. **In dieser fÄ¼r das Versicherungsunternehmen risikolosen WahlMÄglichkeit und der damit verbundenen Benachteiligung des Versicherungsnehmers erblickt der VfGH eine unsachliche und damit gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz verstoÄende gesetzliche Regelung.** Aus Sicht der VersicherungsnehmerInnen, bei denen es sich vielfach um Verbraucher iSd KSchG handelt, ist diese Entscheidung zu begrÄ¼ren. Deren groÙe Bedeutung fÄ¼r die Versicherungswirtschaft liegt auf der Hand, werden die Versicherungsunternehmen doch **kÄ¼nftig verstÄrkt RÄ¼ckstellungen fÄ¼r schwebende VersicherungsfÄ¼lle** bilden mÄssen.